



Newsletter

Voranschlag und Novemberbrief 2010

Die SVP tritt auf den Voranschlag bzw. den Novemberbrief 2010 ein, auch wenn sich das aufgezeichnete Budget alles andere visionär gibt. Es ist halt wiederum ein Voranschlag, wie wir ihn analog die vergangenen Jahre erhalten haben, getreu dem Moto: "Je höher die Einnahmen desto grösser auch die Ausgaben und umgekehrt. Die SVP-Fraktion hat sich sehr intensiv mit dem Voranschlag 2010 auseinander gesetzt und sich auch materiell auf den bevorstehenden, neu auszuhandelnden Finanzausgleich mit dem Kanton fokussiert. Zieht man diese Überlegungen und nur diese Überlegungen in Betracht, so ist der uns vorliegende Voranschlag wirklich kein gutes Beispiel dafür, wie man überlegt und mit einem feinen Gespür in die zweifelsohne heiklen Verhandlung geht.

Gehen wir mal davon aus, dass auch die Stadt Winterthur in den letzten 3 Jahren wirklich auch von der sehr guten Konjunktur profitieren konnte, so stellt die SVP heute und jetzt fest, dass diese gute Zeit in unserem Finanzhaushalt kaum Spuren hinterlassen hat. Jetzt, wo kantons-, landes- und weltweit eine immer noch nicht überstandene Rezession uns alle fest im Griff hat und aus den Golfstaaten neues Ungemach auf uns zu kann, wird in unserer Stadt wie in den besten Jahren der Hochkonjunktur weiterhin für unzählige Nischenprodukte unverantwortlich Geld ausgegeben. Erschreckend ist vor allem die weitere Zunahme von nicht wirklich dringenden Geschäften, die jährlich wiederkehrenden Ausgaben nach sich ziehen. Hier sei denn doch auch der Spruch erwähnt, dass auch Kleinvieh Endes eines Jahres sehr viel Mist produzieren kann. Aber auch in kulturellen Bereichen wird weiterhin mit der grossen Kelle angerührt und es fragt sich dann wirklich zu Recht, wie das eine Stadt Winterthur als so genannte Zentrumslast gegen aussen verkaufen will.



Springen, wie beim Verein Live Musik Kultur Winterthur, infolge der starken Rezession private Investoren ab, zeigt sich unser Stadtrat völlig sorglos und springt gleich in die sich öffnende Bresche um dann den bisherigen Beitrag gleich auch noch zu erhöhen. Was denken sich da wohl in Bezug auf den bevorstehenden Finanzausgleich unsere Gebergemeinden in Kanton Zürich? Auch hier vermissen wir – wie bereits eingangs erwähnt, das notwendige Fingerspitzengefühl. Gleiches ist auch vom Sozialamt zu vermenden. Dass sich ein Sozialdepartement in wirtschaftlich gesehen schwierigen Zeiten einem grossen Druck bezüglich ihrer personellen und finanziellen Ressourcen ausgesetzt sieht, ist absolut nachvollziehbar. Aber wenn dasselbe Departement während Jahren - und das auch in wirtschaftlich gesehen guten Zeiten - unvermindert ihre personellen Ressourcen und finanziellen Ausgaben kontinuierlich erhöht, dann kann und darf solches Tun einfach nicht mehr goutiert werden. Vor allem bei den verschiedensten, zahllosen Projekten für Präventionen, Betreuungen, Begleitungen etc. sind nach Ansicht der SVP-Fraktion weder klare Parameter noch restriktive Leitplanken zu erkennen.

Vieles geht über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Sehen sie sich diesbezüglich doch auch einmal die Voranschläge der letzten fünf Jahre an und auch sie werden feststellen müssen, dass da viele Leistungsgruppen stets über denselben Leisten gezogen werden und sich die entsprechenden Indikatoren praktisch unverändert Jahr für Jahr wie ein Haar dem anderen gleichen. Es mag sein, dass ein Sozialamt wie eine heilige Kuh in Indien behandelt werden sollte. Der Stadtrat muss sich aber auch hier nicht die Frage stelle, ob er die Arbeit richtig macht, das bezweifelt so eigentlich niemand. Aber der Stadtrat sollte trotzdem auch mal den Mut und vor allem die Kraft aufbringen, um sich immer wieder zu fragen, ob er dann auch die richtige Arbeit macht, bzw. die richtigen Prioritäten setzt. Es ist nämlich weit über unsere Stadtgrenze hinaus bekannt, dass in Sachen soziale Wohlfahrt die Stadt Winterthur einen Spitzenplatz einnimmt und in Sachen "Rundumversorgung" seines Gleichen sucht. Da wäre etwas weniger halt doch oftmals etwas mehr. Als den eigentlichen Hammer empfindet die SVP-Fraktion auch die Tatsache, dass trotz der zurzeit herrschenden Rezession der Stadtrat auch für das kommende Jahr - gemäss Voranschlag - wieder 41 neue Stellen bzw. gemäss Novemberbrief sogar 54 neue Stellen schaffen will. Auch bei diesen neuen Stellen ist augenscheinlich, wo der Stadtrat seine Prioritäten setzt.



An der Front – also dort – wo es unsere Bevölkerung sofort wahrnimmt, wird wie schon seit Jahren personell gesehen der Ball tief gehalten. Denken Sie mal an unsere „orangefarbenen Heinzelmännchen“, die uns Tag für Tag saubere Strassen, Wege und Plätze verschaffen und uns wöchentlich unseren Müll direkt aber der Haustüre einsammeln und entsorgen. Auch der Personalaufwand für das gesamte Spektrum unserer Blaulichtorganisationen steht eigentlich im krassen Widerspruch zum Personalaufwand anderer Departemente und a) zum Wachstum unserer Stadt und b) zum Ausgehverhalten unserer Bürgerinnen und Bürger. Auch wenn der Stadtrat bekräftigt, dass neue Stellen weitgehend ergebnisrelevant und innerhalb der Globalkredite refinanziert oder kompensiert werden müssen, so stellen wir gemäss Weisung glasklar fest, dass diese Mehrstellen vor allem einmal mehr noch höhere oder neue Gebühren quersubventioniert werden sollen. Wir können hier nur nochmals wiederholen. Wir sprechen uns ganz klar dafür aus, dass dem städtischen Personal Sorge getragen werden muss. Aber wenn jährlich immer in dieselben Departemente übermässig mehr Personal angehäuft wird und die daraus resultierenden Mehrkosten vor allem auf unser Gewerbe umgewälzt werden, können wir das einfach nicht mehr tolerieren. So geht das einfach nicht! Gehen wir wieder zurück zum Voranschlag bzw. Novemberbrief, stellt die SVP-Fraktion fest, dass der bereinigt Aufwand gegenüber dem Vorjahr um etwa Fr. 13 Mio. und die Erträge um Fr. 12 Mio. gestiegen sind. In absoluten Zahlen heisst das, dass Ausgaben von Fr. 1,087 Mia. Erträgen von Fr. 1,084 Mia. gegenüber stehen. Das ergibt, wie bereits eingehend erwähnt, wieder einen moderaten, gesetzlich vorgeschriebenen Aufwandüberschuss von Fr. 2.7 Mio. Diesbezüglich attestiert die SVP dem Finanzamt und seinen Mitarbeitenden eine gute Ziellandung.

Erfreulich, sofern die Prognosen denn auch stimmen mögen ist, dass auch für das kommende Jahr merklich mehr Steuern regeneriert werden können. Gemäss laufender Rechnung und den Aussagen unserer geschätzten Finanzvorsteherin, Frau Verena Gick, ist der Steuerertrag nach wie vor gut. Das macht teilweise Mut, weil zu vermuten ist, dass Winterthur wenigstens einnahmenseitig sich mehr oder weniger halten kann. Wenn aber unsere Stadt mittelfristig die finanzielle Eigenständigkeit erlangen will und das ist unserer Ansicht nach absolut die Priorität Nr. 1, sind aufwandseitig endlich restriktive Massnahmen und Verschiebungen nach unten sowie ein starker Wille von Nöten.



Attraktivität für Unternehmungen und gute Wirtschaftsbetriebe mit qualifizierten, vielseitigen Arbeitsplätzen gewinnt man definitiv nicht alleine mit nur einer Rundumversorgung in der sozialen Wohlfahrt. Winterthur braucht mehr denn je dringend neue und hochqualifizierte bis sehr gute Arbeitsplätze. Was nützt uns denn der Umstand, dass unsere Stadt hervorragende, hohe Fachausbildungen und Studienplätze anbietet, wenn dann die Studierenden nach erfolgreichem Abschluss wieder unsere Stadt verlassen müssen, nur weil sie bei uns keine geeigneten Arbeitsplätze bzw. Arbeitsstellen finden? So gesehen können hochqualifizierte Arbeitsplätze auch einen grossen ökologischen Beitrag leisten. Dass Winterthur auch im kommenden Jahr vom Kanton fast 110 Millionen an Steuerfuss und Steuerkraftausgleich erhalten soll, ist nicht selbstverständlich.

Vorsicht ist aber angebracht, wenn die SVP-Fraktion besorgt feststellen muss, wie der Kanton Zürich weiterhin mit seinen Finanzen umgehen will. Wenn der Kanton Zürich für das kommende Jahr ein Defizit von über einer halben Milliarde budgetiert, die Neuverschuldung auf 2,7 Milliarden ansteigen und damit das Fremdkapital auf 13,7 Milliarden anwachsen lässt, ist zu befürchten, dass die kommenden Verhandlungen in Bezug auf den bereits angesprochenen Finanzausgleich alles andere als problemlos geführt werden können. Investitionsmässig sind wir mit dem Stadtrat mehr zufrieden als auch schon. Das haben sie, geschätzte Damen und Herren Stadträte, wirklich gut gemacht. Wir von der SVP-Fraktion würden aber viel mehr den gesamten Aufwand des Voranschlages um 1.5% kürzen und den daraus resultierenden Ertrag für noch weitere, dringende Investitionen einsetzen. Eine solche moderate Kürzung wäre absolut möglich und ergäbe einen Ertrag von gut 16 Mio. Franken. Damit könnte zum Beispiel nur schon der Planungsfehler von Seiten unseres Stadtrates, der zum Erwerb des übermässig teuren Baulandes für den Neubau des Schulhauses in Neu-Hegi geführt hat, finanziert werden. Abschliessend hält die SVP-Fraktion nochmals fest, dass wir es uns mit dem vorliegenden Voranschlag 2010 wahrlich nicht leicht gemacht haben. Sollten nun während der Budgetdebatte Anträge gestellt werden, welche Mehrausgaben nach sich ziehen - egal ob sich um einmalig oder wiederkehrend Mehrkosten handelt- und somit eine Budgetverschlechterung mit sich bringt, wird die SVP-Fraktion den Voranschlag 2010 geschlossen ablehnen.



Sie werden dann auch sicher verstehen, dass irgendwann auch wir alle Bemühungen zur Erlangung unseres dringend notwendigen, neuen Finanzausgleiches nicht mehr tragen können. Zum Schluss dankt die SVP-Fraktion dennoch sämtlichen städtischen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr, vor allem auch all jenen, die man nie in den Schlagzeilen sieht. Ich danke allen für die Aufmerksamkeit.

Namens der SVP-Fraktion

Gemeinderat René Isler